

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!**

Die zurückliegende Woche startete mit einem Paukenschlag: Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern mussten die Parteien der Berliner Ampelkoalition massive Verluste hinnehmen. Im Bayern verfehlte die FDP sogar deutlich den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Die ohnehin schon schwache SPD schrumpfte weiter.

Die CSU kam stabil aus der Wahl: Ein gutes Signal für Bayern. Allen Wählerinnen und Wählern und vor allem auch den Wahlhelfern und Wahlhelferinnen meinen herzlichen Dank.

Leider war das Wahlwochenende überschattet vom massiven Angriff der palästinensischen Terrorgruppe Hamas auf Israel mit mehr als 1.200 Toten und tausenden Verletzten allein auf israelischer Seite. Für uns ist klar: Wir stehen hier an der Seite Israels. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden. Jenen, die dies dennoch tun, werden wir entschieden entgegentreten. Der Bundestag hat sich zu der Entwicklung deutlich positioniert.

Der Mord an unzähligen Zivilisten und die Verschleppung von Menschen als Geiseln dient auch nicht den Interessen der Palästinenser – ganz im Gegenteil. Die ungelöste Palästina-

Frage muss und kann nur politisch gelöst werden.

Über dem brutalen Hamas-Angriff sollten wir nicht den anhaltenden Abwehrkampf der Ukraine gegen den russischen Überfall vergessen. Auch die Ukraine wird weiter unsere Unterstützung brauchen. Dass die Ampel und insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz immer wieder zögern, nutzt nur dem Aggressor.

Eine neue düstere Konjunkturprognose für Deutschland kam mit einem Minus von 0,5 Prozent vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Es bestätigt die düstersten Prognosen deutscher Wirtschaftsforscher. Für das nächste Jahr kappte der IWF seine Deutschlandprognose von 1,3 auf 0,9 Prozent. Auch Wirtschaftsminister Habeck musste einräumen: es läuft nicht rund. Es ist unübersehbar: Unser Land braucht einen Wachstumspakt. Der Plan von CDU und CSU liegt seit langem auf dem Tisch.

Überraschend deutet sich ein Kurswechsel der Ampelkoalition in der Migrationsfrage an. Wichtige Fragen sind aber noch unbeantwortet. Kurzfristige Besserung ist weiter nicht in Sicht.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

## Rot-Grün-Gelb belastet bäuerliche Betriebe



Den bäuerlichen Betrieben drohen weitere steuerliche Belastungen. Geht es nach der Bundesregierung, soll die Vorsteuerpauschale für Landwirte erneut gesenkt werden – von derzeit 9 auf 8,4 Prozent. 2021 betrug der Pauschalsteuersatz noch 10,7 Prozent. Was nach außen aussieht wie eine Entlastung, wirkt sich tatsächlich unmittelbar ertragsmindernd aus. Versteckt ist die neue Belastung im Wachstumschancengesetz, das in dieser Woche erstmals im Bundestag debattiert wurde. In Bayern sind mehr als 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe betroffen.



**Sebastian Brehm:** „Dies ist die dritte Steuererhöhung des Bundesfinanzministers für kleine und mittlere Landwirte in Folge. Die

Vorsteuerpauschale ist ein bewährtes Verfahren zum Schutz kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe vor übermäßiger Belastung. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung aber missbraucht die Landwirte als Melkkühe der Nation zum Füllen ihrer klammen Staatskasse. Sie bürdet ihnen in allen Bereichen immer höhere

Belastungen auf. Die Konsequenz wird sein, dass viele weitere bäuerliche Betriebe in den Ruin getrieben werden.

Eine solche Steuererhöhung in ein Gesetz mit dem Titel Wachstumschancengesetz zu verpacken, ist blanker Hohn. Das ist keine Politik der Chancen, sondern des systematisch betriebenen Höfesterbens.“

## Zusätzliche Mauterhöhungsrunde droht



Nach der drastischen Erhöhung der Lkw-Maut von bis zu 83 Prozent zum 1. Dezember droht der Logistikbranche ein weiterer Doppel-Dreh an der Kostenschraube. Die Ampelfraktionen wollen die Möglichkeit schaffen, auf stark frequentierten Autobahnstrecken künftig deutlich mehr Maut zu verlangen. Gleichzeitig soll die Vermeidung von Ausweichverkehren sichergestellt werden. Damit wäre der Weg frei, auch auf Landstraßen und in Städten Maut zu erheben.

Schon die aktuelle Mautrunde belastet die Speditionen mit 7,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich. Ab Mitte nächsten Jahres werden dabei auch 3,5-Tonner zur Kasse gebeten. Einzige Ausnahme: Handwerkerfahrzeuge. Was mit den zusätzlichen neuen Mautplänen dann obendrauf kommt, ist noch unklar.



**Sebastian Brehm:** „Das Versprechen des Bundesfinanzministers, es werde mit ihm keine Steuererhöhungen geben, gerät immer mehr zur Farce. Die Ampelkoalition betreibt eine Politik der permanenten Abgabenerhöhungen, die über kurz oder lang als Preissteigerungen bei den Verbrauchern ankommen. Das Ergebnis ist dasselbe wie bei einer Steuererhöhung: es bleibt den Bürgern immer weniger Netto vom Brutto.“

## Koalition dreht an der Gaspreisschraube



Mitten in der Heizperiode droht ein Kostenschock bei Erdgas und Fernwärme. Die Bundesregierung beschloss jetzt, die befristete Senkung der Umsatzsteuer auf sieben Prozent für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und für Wärmenetz bereits zum Jahresende zu stoppen. Ursprünglich sollte die reduzierte Umsatzsteuer auf Erdgas und Fernwärme erst Ende März 2024 auslaufen. Jetzt droht den Verbrauchern zum Start des neuen Jahres ein satter Preisaufschlag um zwölf Prozent bei Erdgas und Wärme.

Die Begründung der Ampelkoalition für den Schritt: die Preise für Erdgas und Fernwärme seien mittlerweile unter das Vorkrisenniveau gesunken.



**Sebastian Brehm:** „Ausgerechnet mitten im Winter, wenn der Gas- und Wärmebedarf besonders groß ist, will die Regierung den Gas- und Wärmekunden tief in die Tasche greifen. Die Begründung ist hanebüchend. Hier geht es Rot-Grün-Gelb nur ein weiteres Mal darum, mehr Steuern zu kassieren.“

Entscheidende Faktoren für das aktuelle Sinken der Preise sind niedrigere Verbräuche wegen des milden Wetters sowie weniger Gasverstromung wegen geringerer Stromexporte und mehr Windenergie. Das sind keine verlässlichen Größen. Es wird im Winter nicht so bleiben. Zudem reicht schon ein weiterer Konflikt – wie jetzt in Nahost –, um die Preise hochschießen zu lassen.“

## Kraut auf traditionelle Art



Gemeinsam mit unserem inzwischen frisch gewählten Landtagsabgeordneten Thomas Pirner

und Bezirksrätin Catrin Seel habe ich das traditionelle Krautfest der Siedlergemeinschaft Buchenbühl besucht. Hier wird das Kraut noch nach traditioneller Art gehobelt und gestampft. Vielen Dank für die vielen guten Gespräche und das große ehrenamtliche Engagement! Es hat wieder viel Spaß gemacht!

## Strahlend blauer Himmel über dem Backofenfest



Den strahlenden Sonnenschein des vergangenen Wochenende habe ich für einen Besuch des Backofenfestes in Laufamholz genutzt. Gemeinsam mit den Freunden des CSU-Ortsverbandes Laufamholz haben wir viele gute Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern über Stadtteilthemen geführt. Herzlichen Dank an den Vorstadtverein Laufamholz für die ehrenamtliche Organisation dieses tollen Festes!

## Sportliches Jubiläum in Großgründlach



Ihr 75-jähriges Vereins-Jubiläum haben die Sportfreunde Großgründlach gefeiert. Für mich war es eine Selbstverständlichkeit, dabei zu sein. Ein großes Dankeschön für das große ehrenamtliche Engagement und die herausragende Arbeit über Jahrzehnte hinweg. Unsere Sportvereine leisten eine großartige Arbeit. Gerade für Kinder und Jugendliche sind sie eine große Bereicherung. Neben sportlichen Aktivitäten bieten sie auch Halt und Gemeinschaft. Deshalb unterstützen wir auch nachdrücklich die Bauvorhaben, gemeinsam mit der Stadt und dem Freistaat.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



**Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.**